

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Alfons Velz
Plenarsitzung vom 22.10.2012

Es gilt das gesprochene Wort

**Zustimmung zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
zwischen der EU und den AKP-Staaten
(ehemalige Kolonien aus Afrika, der Karibik oder dem Pazifik)**

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

Wir haben heute wieder einmal ein sog. Zustimmungsdekret auf der Tagesordnung. Es ist nicht das erste, und es wird wohl auch nicht das letzte sein.

Die Zustimmung zu Doppelbesteuerungsabkommen, wie wir sie beispielsweise auch heute im weiteren Verlauf dieser Plenarsitzung zu behandeln haben, verursacht kaum Kontroversen. Anders ist das bei der Zustimmung zu den sogenannten EPA's, oder WPAs, den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten, also den ehemaligen Kolonien aus Afrika, der Karibik oder dem Pazifik.

Im Bericht des EU-Parlamentes zu diesen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen heißt es, dass die WPA dazu gedacht sind, durch den Handel und die regionale Integration die Entwicklung und eine bessere Staatsführung in den ehemaligen Kolonien zu fördern. Sie können Instrumente zur Förderung von nachhaltiger Entwicklung sein und zur Verringerung der Armut in den AKP-Staaten führen, beispielsweise,

indem sie zu einer Verbesserung der Infrastrukturen, zu einer effizienteren Verwaltung und zum Rückbau der Korruption führen

Wenn Handel unter fairen Bedingungen stattfindet, kann er zu wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung beitragen, Partnerschaftsabkommen, deren Inhalte im intensiven Dialog der Parlamente, Zivilgesellschaften und Wirtschaftsakteure diskutiert werden, können für die betroffenen Länder vielfältige Vorteile bringen.

In diesem Zusammenhang verweist der Bericht des zuständigen Ausschusses des EU-Parlamentes auf Übergangsphasen und Begleitmaßnahmen und auf das Potenzial zur Verbesserung und Stärkung einer verantwortungsbewussten Staatsführung, vor allem in den afrikanischen Ländern.

Die Verfasser des Berichtes betonen, dass die WPA klare Entwicklungsziele setzen: Linderung der Armut, Förderung regionaler Integration und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Und so drängen sie die EU-Kommission, verstärkt Entwicklungs- und Handelshilfe zu leisten, darauf zu achten, dass grundlegende Menschenrechte gewahrt und das Recht auf Nahrung und Zugang zu den wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen eingehalten werden und fordern letztlich die Kommission auf, nicht zu übersehen, dass die WPAs für diese Länder auch eine Gefahr bergen, nämlich die, dass diese Länder keine eigene, wettbewerbsfähige Wirtschaft aufbauen können, wodurch sie zwangsläufig dauerhaft abhängig von unseren Entwicklungshilfen bleiben.¹

¹ Haiti, das sich anfänglich reserviert gegenüber der Ratifizierung zeigte, hat das Abkommen als 15. Land der 15 Cariforum-Staaten im Dezember 2009 nachträglich unterzeichnet und damit seinen Beobachterstatus aufgegeben. Karel De Gucht hat als EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe dazu Folgendes gesagt: „Haitis Entscheidung, sich den anderen CARIFORUM-Partnern dieses Abkommens anzuschließen, ist von großer Bedeutung, da es dem Land in dieser schwierigen Zeit des globalen Wirtschaftsabschwungs eine echte Chance bietet, seinen Handel auszubauen.“

Das alles klingt plausibel und gut, allerdings sehen nicht alle Beobachter das so rosig. Eine ganze Reihe von Nicht-Regierungsorganisationen, darunter z.B. Attac, Fian, Germanwatch, Oxfam und etliche andere sind der Meinung, dass Europa sich zu Lasten der ohnehin von Wirtschafts- und Hungerkrisen gebeutelten Staaten in der dritten Welt bereichert. Ärmere Staaten werden gezwungen – sagen sie – ihren Markt für subventionierte Billigexporte der EU zu öffnen. Man verbiete ihnen, ihren eigenen Markt zu schützen und verhindere so, dass sie eine stabile, überlebensfähige, eigenständige Wirtschaft aufbauen. Man nehme diesen Staaten ihre Existenzgrundlage, man beraube sie ihrer Möglichkeiten, eine eigene, wettbewerbsfähige Wirtschaft aufzubauen und mache sie dauerhaft abhängig von unseren Exporten und Entwicklungshilfen. Das: Resultat: Armut, Hunger, dauerhafte Abhängigkeit, ein Teufelskreis, aus dem diese Staaten nicht herausfinden können.

Meine Damen und Herren. Ich bin mir absolut sicher, dass ALLE Mitglieder dieses Hauses für "freien Handel" sind, ... wenn er "fair" ist. Fairer Handel ist aber nur möglich, wenn auf Augenhöhe und unter vergleichbaren Bedingungen gehandelt wird. Es darf daher durchaus in Frage gestellt werden, ob freier, fairer Handel überhaupt möglich ist, so lange die EU ihrerseits nicht auf Agrarsubventionen verzichtet.

Wird man also von diesen WPAbkommen in wenigen Jahren in allen Geschichtsbüchern lesen können, dass mittels dieser internationalen Verträge das Ungleichgewicht nicht verringert, sondern im Gegenteil, vergrößert wurde?

Wird man uns, den Parlament der DG dann vorwerfen können, wir trügen daran die Schuld, weil wir ein Zustimmungsdekret durchgewunken hätten ?

Im Ernst, meine Damen und Herren: sehen wir die Sache doch einmal nüchtern:

- Diese Abkommen sind über Jahre hinweg in den für diese internationalen Verträge zuständigen Gremien kontrovers diskutiert worden, und das Abstimmungsverhalten im zuständigen Ausschuss des EU-Parlamentes entspricht auch diesen unterschiedlichen Standpunkten.
- Diese Abkommen betreffen weit mehr als eine halbe Milliarde Menschen. Deshalb wurden diese Abkommen auch auf übergeordneter Ebene ausgehandelt und beschlossen. Für diese Aufgaben haben wir die Menschen ins EU-Parlament gewählt, und es ist DEREN Pflicht, nach reiflicher Überlegung und sachbezogenen Debatten diesbezüglich Entscheidungen zu treffen.

Dass die europäischen Entscheidungen im Nachhinein von den einzelnen Nationalstaaten ratifiziert werden müssen, ist auf die Entwicklungsgeschichte der Europäischen Union zurückzuführen und sollte in Zukunft nicht mehr erforderlich sein, nämlich dann, wenn die EU zu einer ECHTEN politischen und wirtschaftlichen Union zusammengewachsen ist und sich streng an das angestrebte Prinzip der Subsidiarität auf allen Entscheidungsebenen hält.

Dass der Ratifizierungsmechanismus in einem bundesstaatlichen Gefüge, auf das Belgien ja zusteuert, dazu führt, dass jede einzelne belgische Gebietskörperschaft solch internationalen Abkommen

zustimmen muss, um eine Zustimmung Gesamt-Belgiens perfekt zu machen, mag man begrüßen oder widerwillig zur Kenntnis nehmen.

Auf keinen Fall sollte es uns dazu verleiten, in übermütigen Machttausch zu verfallen und einen europaweit medienwirksamen Coup landen zu wollen, indem wir deutschsprachige Abgeordnete z.B. die belgische Zustimmung zu den Partnerschaftsabkommen blockieren würden.

So verlockend ein europaweit wahrgenommener Medien-Paukenschlag manchem auch erscheinen mag, er würde sich aber binnen kurzer Zeit als billiges Blendwerk entpuppen.

Ich habe das vor einigen Monaten hier an diesem Pult im Zusammenhang mit der Zustimmung zum Rettungsschirm ESM mal als Flohzirkus bezeichnet. Ich wiederhole deshalb heute noch einmal: man stelle sich das bildlich vor – salopp gesagt – der ostbelgische Floh auf dem belgischen Schwanz des Hundes Europa schickt sich an, als Floh mit dem gesamten Hund zu wackeln. Das würde uns nicht nur der Lächerlichkeit preisgeben, es würde vor allem jedem Prinzip der Demokratie und Subsidiarität widersprechen.

Meine Damen und Herren, es kann nicht Aufgabe des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens sein, solche Abkommen zu blockieren. Wir vertreten 77.000 Menschen. Uns fehlt die demokratische Legitimation, für eine halbe Milliarde Menschen zu entscheiden.

Sollten wir uns wirklich anmaßen, durch eine Abstimmung hier in diesem Hause einen europäischen Beschluss zu kippen, wäre das noch Demokratie? Wenn die Volksvertretung von 75.000 Menschen eine halbe Milliarde Europäer sozusagen als Geisel nehmen würde, was hätte das noch mit Demokratie zu tun?

Nein, meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, solche Abkommen mit einer solchen Tragweite zu beschließen, das kann nicht die Aufgabe von Gemeinschaften oder Regionen sein, das muss Aufgabe von EU-Parlament und – bis jetzt zumindest noch – nationalen Parlamenten sein.

Was wir allerdings sehr wohl tun könnten, ist Folgendes: Wir könnten im zuständigen Ausschuss I unsere Vorstellungen von fairem freien Handel definieren, sie mit Handlungsempfehlungen ergänzen und in eine Resolution gießen und den zuständigen nationalen und europäischen Instanzen zukommen lassen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Wir sind von den deutschsprachigen Wählerinnen und Wählern in diese gesetzgebende Versammlung namens PDG gewählt worden, um in den genau festgelegten Bereichen Unterricht, lokale Behörden, Kultur, Sport, Beschäftigung und soziale Angelegenheiten Gesetze zum Wohle aller Deutschsprachigen zu erlassen.

Unser Kerngeschäft ist die Wahrung und Entwicklung unserer Autonomie. Widmen wir uns dieser Aufgabe mit Kraft und Ideenreichtum und vertreten wir zielstrebig unsere Interessen bei unseren belgischen Nachbarn, wenn es um die Erweiterung unserer Zuständigkeiten geht. Aber maßen wir uns nicht an, in die Zuständigkeiten übergeordneter Behörden hinein zu pfuschen. Wir könnten sonst ähnlich lächerlich wirken wie ein Hund, der zwar wütend und lautstark den aufgehenden Vollmond anbellt, sich aber sofort mit eingezogenem Schwanz in seine Hundehütte verdrückt, sobald ein Nachbar das Fenster öffnet.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!